

2. QUARTAL 1963

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P/AVIII/206

Bonn., den 29. Oktober 1963

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite:</u>		<u>Zeilen:</u>
1 - 2	Die Saat ist aufgegangen	82
	Langfristige Wirkungen sozialdemokratischer Politik	
3 - 4	Pankow macht in "Kulturpolitik"	58
	Ein drucksichtiger Trick	
	Von Eberhard Schreiber	
4	Am Beispiel Schweden	27
	Zur Berliner Tagung der Arbeiterwohlfahrt	
5	Tito entwickelt seine Ideen	50
	Mehr psychologische als politische Bedeutung	
	Von unserem Korrespondenten in Belgrad, Dr. Harry Schleicher	
	<u>Afro-asiatisches Reisetagebuch</u>	
6	Kenia am Vorabend der Unabhängigkeit (II)	50
	Sonne der Freiheit wirft auch Schatten voraus	
	Von Wilhelm Wehner	

Chefredakteur Günter Markscheffel

Die Saat ist aufgegangen

Langfristige Wirkungen sozialdemokratischer Politik

sp - Mit der Übernahme des Bundeskanzleramtes durch Prof. Erhard hat etwas Neues in der deutschen Nachkriegsgeschichte begonnen. Allenthalben gependetes Lob für die Regierungserklärung mit ihren weitreichenden, kommende Jahre und Jahrzehnte umfassenden Zielsetzungen war verdient. Auch die kluge Antwort des neuen Regierungschefs auf die auf-rüttelnde, das Heute und Morgen in den Griff bekommende Rede des sozialdemokratischen Sprechers Erler atmete den Geist des Sichbesinnens und des Aufeinanderangewiesenseins. Manche Nebelschwaden, die über der innen- und außenpolitischen Arena lagen, beginnen einen etwas freundlicheren Ausblick zu weichen, das Verhältnis der großen staats-tragenden Parteien zueinander wird vernünftiger, toleranter, sachlicher.

Es ist wohl keine Übertreibung, wenn die Feststellung getroffen wird, die Saat, die die deutsche Sozialdemokratie mit ihrem Godesberger Programm säte, ist aufgegangen; sie trägt reiche Früchte. Mit dem Godesberger Programm zog die Sozialdemokratie die Konsequenzen aus stürmisch sich entwickelnden gesellschaftlichen, wirtschaftlichen, so-zialen und kulturellen Zeitverhältnissen, sie setzte in programmatischer Zielsetzung um, was die zweite Hälfte dieses Jahrhunderts und ihre vorwärtsdrängende Entwicklung von einer Partei verlangte, die sich dem Ganzen, nicht einer Gruppe, oder einer Konfession verbunden weiß. So manche altverwurzelte Vorstellung mußte neuen Erkenntnissen weichen; hier leistete die deutsche Sozialdemokratie wahre Pionierarbeit.

Das Godesberger Programm, inzwischen in viele Sprachen übersetzt, fand nicht nur die Aufmerksamkeit aller politisch Wachsamkeit in unserem Lande. Seine Aussagen, etwa über die Gefahren wirtschaftlicher Zusammenkallung in einer Hand oder auch Machtgruppe, wie auch um ein zweites Beispiel herauszugreifen - sein Hinweis, die Formen internationaler Zusammenarbeit zu vertiefen, die großen sich bietenden Möglichkeiten der Wohlstandsmehrung im Atomzeitalter zu nutzen, gaben Anstoß für ähnliche Überlegungen in anderen befreundeten Parteien.

Die Sozialdemokratie ließ es aber bei diesem Programm nicht be-wenden. Es steckte einen weitgespannten, die verwirrende Vielheit und Verflechtung in unserer gesellschaftlichen Wirklichkeit umfassenden Rahmen ab. Es gab zwar die Richtung sozialdemokratischen Willens an, die einzelnen Wegstationen dazu kennzeichnete das Regierungsprogramm Willy Brandts vom Jahre 1961 und die vieler anderen, auf die Durch-leuchtung engerer Sachbereiche bezogenen Tagungen von Wissenschaft-lern und Politikern. In Berlin kamen Bildungs- und Wissenschaftsfragen zur Sprache, zuletzt in Hamburg die Probleme der Gesunderhaltung unseres Volkes in umfassendem Sinne. Wer jemals Teilnehmer einer sol-chen Tagung war, dem blieben unauslöschliche Eindrücke haften.

Eine Partei wie die deutsche Sozialdemokratie mit ihrer ehrenvol-len und ruhmreichen Tradition ist nicht so töricht, anzunehmen, sie wis-

so von vornherein alles besser, sie brauche fremde Ratschläge nicht anzunehmen und könne das Mehrwissen anderer negieren. Sie ist aufgeschlossen für alles, was der Ergänzung ihres Bildes von Politik und Gesellschaft dienen kann und sie schreckt auch nicht davor zurück, heiße Eisen anzufassen. So wirkt die in Hamburg entfachte Diskussion über Konfessions- und Gemeinschaftsschule weit in unser Volk hinein, an ihr entzünden sich die Geister; so etwas bildet das Salz der Demokratie. Was eine Demokratie absolut nicht brauchen kann, was für ihre Wirksamkeit zur tödlichen Gefahr wird, das Verhältnis der Parteien vergiftet, ist die Vorherrschaft des sich an einer Ideologie orientierenden Denkens und dadurch bedingter Verhaltensweisen. Ideologische Scheuklappen verdunkeln den Blick, führen zu Fehlentscheidungen, mißhandeln die Wirklichkeit, bekommen die Vielheit der gesellschaftlichen und politischen Faktoren nicht zu Deckung.

Die Sozialdemokratie sucht und fördert das Bündnis mit der Wissenschaft, sie fragt nicht nach der Parteiloch; entscheidend ist nicht, was einer in der Tasche hat, wohl aber im Kopf, ob einer das Ganze sieht und nicht nur einen spezifischen Teil. Nur unter diesem überragenden Gesichtspunkt ist jeder Beitrag zu messen.

Wer es nicht wahrnehmen wollte, muß es heute wahrnehmen, will er sich nicht selbst der Blindheit bezichtigen. Die deutsche Sozialdemokratie ist eine zukunfts-gestaltende Kraft, die Ausstrahlung ihrer Ideen und ihrer Vorstellungen von einem sozialen, auf freiheitlicher Grundlage ruhenden Rechtsstaat geht weit über ihre Grenzen hinaus. Sie bewegen und faszinieren nun Schichten unseres Volkes, die ihr bisher fern standen. Mit der wachsenden, erneuerten Sozialdemokratie trat auch eine Erneuerung unseres Volkes ein, bisher starre Fronten sind in Auflösung begriffen, Vorurteile sind gefallen oder beginnen zu fallen.

Wie die Regierungserklärung Erhards zeigte, blieben von diesem Prozeß nicht einmal die Koalitionsparteien unberührt, und damit beginnt wirklich ein neues Kapitel wechselvoller deutscher Geschichte: Es gibt und wird auch in Zukunft Rückfälle geben. Der Wahlkampf um den Oberbürgermeister, wie er sich in Nürnberg abspielte, war ein Rückfall. Die Quittung blieb nicht aus. Die Verketzerung der Andersdenkenden erweist sich heute in der Politik als Bumerang.

Pankow macht in "Kulturkontakten"

Ein durchsichtiger Trick

Von Eberhard Schreiber

Seitdem sich in der letzten Zeit die Anstrengungen der SED, zwecks Anerkennung der "DDR" auf dem innerdeutschen Sektor, um die Herstellung "kultureller Kontakte" bemühen, ist es nicht bei der Forderung nach der Schaffung "gemeinsamer Kulturkommissionen" geblieben; in Westberlin ist man einen Schritt weitergegangen. Man hat in Pankow nichts unversucht gelassen, um kulturelle Beziehungen zu Westberlin herzustellen.

Die von der SED geforderten "gemeinsamen Kulturkommissionen" stehen an sich im Widerspruch zu der Behauptung der SED-Führung, daß mit der Entwicklung der Politik der Mauer vom August 1961 auch auf dem kulturellen Sektor die gesamtdeutschen kulturellen Beziehungen vor Westen her total abgebrochen worden seien. In den Propagandathesen des ZK der SED, die bekanntlich für alle Bemühungen, auch auf dem kulturellen Sektor, maßgebend sind, war erklärt worden, daß auch der "letzte Rest von Bedenken, daß eine Loslösung von der Kulturentwicklung Westdeutschlands der weiteren Entwicklung der deutschen Kultur schaden könnte", völlig unangebracht sei.

Wenn das ZK der SED trotzdem aus dem Munde des ehemaligen Kultusminister Abusch die Forderung erhebt, "Angehörige der westdeutschen Intelligenz" und "westdeutsche Persönlichkeiten kultureller Institutionen" zu Kontakten mit sowjetischen entsprechenden Einrichtungen aufzufordern, um auf diese Weise eine "gesamtdeutsche paritätisch zusammengesetzte Kulturkommission zu schaffen", so dürfte hier der Hahnenfuß nicht schwer zu erkennen sein.

Zum großen Ärger der SED hat das Allied Travel Board in Westberlin, das für die Genehmigung der Reisen von sowjetischen Kulturfunktionären nach westeuropäischen Staaten zuständig ist, die Genehmigung der Einreise der Pankower Kultur-Propagandisten generell versagt, seitdem nach der Errichtung der Schandmauer von Berlin die SED-Seite auch familiäre Kontakte zwischen Ost und West versagt.

Aktivität der SU-Botschaft in Ostberlin

Umso eifriger ist die SED-Führung in Ostberlin bemüht, kulturelle Kontakte in der von der SED gewünschten "Freien Stadt Westberlin" zu installieren. Man ist dabei allerdings vorsichtig genug, nicht selbst in Erscheinung zu treten, sondern die diplomatische Vertretung der Sowjetunion in Ostberlin selbst vorzuschicken. Es ist symptomatisch, daß in der Sowjetbotschaft in Ostberlin schon seit längerer Zeit eine besondere Abteilung für die kulturellen Angelegenheiten in Westberlin eingerichtet worden ist. Unter der These, daß Westberlin ein von der Bundesrepublik unabhängiges Staatsgebilde sei, fordert Moskau das Recht, auch auf kulturellem Gebiet in Westberlin aktiv zu sein. Die Sowjetbotschaft in Ostberlin hat es nicht bei dieser Forderung belassen, sondern bereits seit einigen Wochen konkrete Maßnahmen ergriffen. Was den wissenschaftlichen Sektor der kulturellen Kontakte betrifft, so haben Vertreter der Ostberliner Sowjetbotschaft schon häufig den Versuch unternommen, Westberliner Professoren für Vorlesungen an sowjetischen Universitäten zu gewinnen. Das Austauschprogramm, das hier of-

29. Oktober 1963

fenbar dem Diplomaten der Ostberliner Sowjetbotschaft vorzuschwebt, könnte die sowjetische These von der "Freien Stadt Westberlin" nur unterstützen. Den Höhepunkt eines Einmischungsversuchs sowjetischer, in Ostberlin stationierter Diplomaten ergab sich im Rahmen der Westberliner Festspielwochen. Über die "Gesellschaft für deutsch-sowjetische Freundschaft" hatten selbst Botschaftssekretäre der SU-Botschaft in Ostberlin den Versuch unternommen, Kulturkontakte zu Westberlin unter Ausschaltung der Bundesrepublik, die für die aussenpolitische Vertretung Westberlins zuständig ist, herzustellen. Es blieb während der Westberliner Festspielwochen nicht bei Vorträgen der sowjetischen Botschaftssekretäre im Clubhaus der DSE in Westberlin, auch unter Mißbrauch des Sigmums des Westberliner Festspielabzeichens wurden Veranstaltungen durchgeführt, die allein der kommunistischen Kulturpropaganda dienen.

Was der ehemalige sowjetzonale stellvertretende Kultusminister Abusch mit seiner Forderung nach "gemeinsamen Kulturkommissionen" der Bundesrepublik und der Sowjetzone verlangte, findet in der Berliner Praxis eine eindeutige Bestätigung. Auch hier ist es die Infiltrationspropaganda, die - auf lange Sicht berechnet - im Sinne des ZK der SED zum Zuge kommen soll.

Am Beispiel Schweden

Zur Berliner Tagung der Arbeiterwohlfahrt

K.H.M. - Die Reichskonferenz 1963, die von der Arbeiterwohlfahrt vom 27. bis 30. Oktober in Berlin durchgeführt wird, steht ganz im Zeichen der Kritik an der Sozialpolitik der Bundesregierung. Mit Recht sagte der hessische Sozialminister Heinz H e m s a t h, daß die Politik der Bundesregierung seit 1957 von der strikten Ablehnung versorgungsstaatlicher Grundsätze beherrscht worden sei und daß ihre Zielsetzung, nämlich ein "Abgleiten in den Wohlfahrtsstaat" zu verhindern, in großem Maße in der Krankenversicherungsreform ihren Niederschlag gefunden hat. Die Forderung nach Sicherheitsgrundsätzen, wie sie in anderen westeuropäischen Ländern praktiziert werden und in vorbildlicher Weise in Schweden und anderen sozialdemokratisch regierten Ländern Nordeuropas entwickelt worden sind, war dann auch die große Konzeption, die auf der Reichskonferenz der Arbeiterwohlfahrt in Berlin erarbeitet wurde. Die Forderungen der Arbeiterwohlfahrt müssen als ein Teil der sozialdemokratischen Forderung gewertet werden, wonach die Taten gemessen werden sollen, die der neue Bundeskanzler Erhard seiner Regierungserklärung folgen läßt.

Der Staatssekretär im schwedischen Außenministerium, Ernst M i s c h a l e c k, hatte in seinem Referat dargestellt, in welchem Maße eine verantwortungsbewußte Regierung durch eine zweckmäßige Wohlfahrtstätigkeit initiativ werden kann, ohne daß dabei die so oft von der Mehrheitspartei im Deutschen Bundestag als Teufel an die Wand gemalte Arbeitsmoral beeinträchtigt wird. Es spricht aber für den ethischen Wert einer solchen Politik, wenn sich die Schweden für ihren Staat dieselben Merkmale zum Grundsatz gemacht haben, wie sie sie für ein gutes Heim für unumgänglich halten, denn gegenseitige Fürsorge und Hilfsbereitschaft sind ihrer Meinung nach die besten Merkmale einer gut funktionierenden Demokratie.

Tito entwickelt seine Ideen

Von unserem Korrespondenten in Belgrad, Dr. Harry Schleicher

Die jugoslawischen Bemühungen, der zwischen den beiden Großmächten zu beobachtenden Entspannungspolitik etwas beizutragen, haben in der Rede Staatspräsident Titos vor der UNO einen neuen Ausdruck erhalten. Der Vorschlag, die Vereinten Nationen sollten einen Kodex all dessen schaffen, was bislang recht unpräzise als Politik der friedlichen Koexistenz umschrieben worden ist, mußte um so gewichtiger klingen, als Tito seine Ideen nach seinen teils längeren, teils kürzeren Kontakten mit dem sowjetischen Regierungschef Chruschtschow, dem US-Präsidenten Kennedy sowie dem Chefs einer Reihe lateinamerikanischer Staaten vortrug.

So sicher angenommen werden kann, daß diese neuen jugoslawischen Anregungen ein entsprechend positives Echo bei einer Anzahl blockfreier Staaten finden dürften, scheint andererseits auch die Zahl derer nicht gering, die den realpolitischen Wert der jugoslawischen Vorschläge nicht so recht verstehen. Tito präzisierete zwar schon gewisse Vorstellungen, wonach der Kodex der Politik der friedlichen Koexistenz den Verzicht auf Gewaltanwendung, das Prinzip der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Staaten, das Selbstbestimmungsrecht der Völker, das Recht jeden Volkes, seine eigene innere Ordnung selbst zu wählen, sowie die internationale Verantwortung für eine schnellere Entwicklung der jungen Staaten umfassen müsse. Bezeichnend war jedoch, daß auf einer nach der Titorede vom jugoslawischen Außenminister Koca Popovic in New York gegebenen Pressekonferenz wiederholt Fragen gestellt wurden, die um eine Präzisierung bzw. Erklärung der gemachten Vorschläge baten.

Was demnächst noch konkretisiert werden wird, bleibt noch abzuwarten. Gegenwärtig herrscht jedoch auch in Belgrader diplomatischen Kreisen der Eindruck, daß den neuen jugoslawischen Ideen weniger echte politische als psychologische Bedeutung zukommt, nämlich, den eingeleiteten Entspannungsprozeß nicht einfrieren zu lassen. Befürchtet man doch insbesondere, daß die im nächsten Jahr bevorstehenden Präsidentschaftswahlen in den USA die Washingtoner Bereitschaft mindern könnten, auf dem beschrittenen Wege in schnellem Tempo weiterzugehen. Eine Koexistenz dieser Prinzipien im Rahmen der UNO würde also nur teilweise, infolge der weltweiten Anerkennung, ein qualitativ neues Moment in den Beziehungen zwischen den Staaten darstellen.

Die erhoffte Verbesserung der faktischen Weltsituation wäre damit jedoch nicht automatisch erreicht. Diese könnte vielleicht daraus resultieren, daß eine verbindliche Interpretation gewisser, heute so doppelzünftig gebrauchter Begriffe erreicht würde. So, wenn es zum Beispiel gelänge, zu einer allgemeinverbindlichen Auslegung des Begriffes des Selbstbestimmungsrechtes zu gelangen und derselbe Begriff nicht mehr als Ergebnis der durch zwei sich fremde Ideologien hervorgerufenen babylonischen Sprachverwirrung, grundsätzlich verschiedene Deutungen erfähre. In einem solchen Falle könnten die sich daraus ergebenden politischen Konsequenzen vielleicht zu einer echten Verringerung der gegenwärtig noch existierenden Differenzen zwischen den beiden Weltblöcken beitragen, die allein durch das Bekenntnis zu Begriffen mit verschiedenen Auslegungsmöglichkeiten nur schwer zu beseitigen sein dürften.

Kenia am Vorabend der Unabhängigkeit (II)

Von Wilhelm Wehner

Je näher der Tag der Unabhängigkeit rückt, um so bedrückter werden die Mienen der Beteiligten. Für die Engländer war die traditionelle Leistungsschau der Landwirtschaft Kenias, die "Royal Show", der Abgesang einer Epoche, die zu Ende geht. Die Sonne der Freiheit geht nun über Kenia auf. Aber sie wirft nicht nur Licht auf die Zukunft des Landes, ihr Glanz wirft auch Schatten voraus. Ein hoher Beamter des Arbeitsministeriums, ein Afrikaner, den ich traf, rieb sich mit seinem Taschentuch den Schweiß von der Stirn und sagte: "Je näher der Tag der Unabhängigkeit kommt, um so komplexer wird alles." In der Tat bereitet der Abzug der englischen Kolonialbeamten der neuen, unabhängigen Regierung ziemliches Kopfzerbrechen. Mit ihnen geht nicht nur die Kolonialmacht aus dem Land; ihr Ausscheiden aus den wichtigen Schlüsselpositionen Kenias, das von England durch hohe finanzielle Abfindungen begünstigt wird, bedeutet einen empfindlichen Verlust an Fachleuten aller Art. Kenjatta und seine Regierung werden Mühe haben, diese Lücken zu füllen. Wir sollten ihm dabei behilflich sein, denn trotz aller Leistungen, die die Engländer im Lande gezeigt haben, hinterlassen sie doch ein trauriges Erbe. Es besteht hauptsächlich aus unerhört hohen Zahlen der Arbeitslosen, die bei einer Gesamtbevölkerung von 6 Millionen Menschen etwa 1 Million ausmachen. Der Punkt man den Kinderreichtum der afrikanischen Familien, so bedeutet diese Zahl, daß sich etwa 3/4 der Bevölkerung Kenias mit dem Lebensstandard eines afrikanischen Arbeitslosen zufriedenergeben müssen. Das bedeutet jedoch noch lange nicht, daß diese im Elend lebenden Menschen sich mit diesem Schicksal abfinden. Wenn es der Regierung des Landes nicht gelingt, in nächster Zukunft in zunehmendem Maße Siedlerstellen und Arbeitsplätze zu schaffen, wird die sich einstellende Unzufriedenheit ernste politische Folgen haben. Pessimisten befürchten, daß bald nach der Unabhängigkeit eine politische Radikalisierung im Lande einsetzen wird.

Wenn man die Äußerungen der noch im Lande Lebenden englischen Siedler hört, kann man nur sagen, daß diese ein Abgleiten in den Radikalismus begünstigen. Für sie sind die schwarzen Afrikaner immer noch verächtliche Wesen. Bezeichnend in dieser Hinsicht war ein Erlebnis, das ich auf einer Party hatte, die zu Ehren der augenblicklich durch Kenia reisenden deutschen "Good-Will"-Ausstellung gegeben wurde. Ich unterhielt mich in aller Freundschaft mit einem Engländer, der hier in Nakuru eine landwirtschaftliche Fachzeitschrift redigiert. Als jedoch ein schwarzer Afrikaner hinzutrat, der in Deutschland mehrere Jahre studiert hatte, brach der Engländer mitten im Satz ab und stürzte, wie von einer Tarantel gestochen, von Sanna.

Mit dem Tag der Unabhängigkeit werden auch die Sowjets und die Chinesen kommen. Natürlich werden sie versuchen, aus den Problemen des Landes politisches Kapital zu schlagen: aus der Arbeitslosigkeit, aus den ungeklärten Verhältnissen der Indier, die den Handel in Kenia in der Hand haben, zum neuen unabhängigen Staat und nicht zuletzt aus der provozierenden Haltung der reichen englischen Siedler, die gerne das Rad der Weltgeschichte erhalten möchten. - Wir haben daher alle Veranlassung, der neuen Regierung Kenjatta Hilfestellung zu geben, damit sich die Gewitterwolken zerstreuen, die am politischen Horizont heraufzuziehen drohen, denn Kenia ist das Kernstück einer ostafrikanischen Föderation (Tanganjika, Kenia, Uganda), mit deren Zustandekommen besonders nach der Präsidentschaftswahl in Uganda gerechnet werden kann.

* * *